

**Angemerkt** 50968 Köln, 27.04.2016

## Bezirksvertreter stimmen gegen Bürger

Von Andreas Wulf

Für die Sitzung der Bezirksvertretung (BV) Rodenkirchen am 25.04.2016 wurde wenige Tage vorher von den Freien Wählern Köln ein Aussetzen des Genehmigungsverfahrens für die 3. Baustufe der Nord-Süd-Stadtbahn beantragt. Ein Moratorium fordern auch die Bürgerinitiativen im Kölner Süden. Den Eingang eines entsprechenden Schreibens bestätigte Bürgeramtsleiter Hubertus Tempski unmittelbar vor der Sitzung. Viele Vertreter der Initiativen, Bürgervereine und Dorfgemeinschaften waren persönlich erschienen.

## Moratorium

für die 3. Baustufe der Nord-Süd-Stadtbahn

Köln-Rodenkirchen. Im Kern geht es um einen Aufschub (Moratorium) der Bauarbeiten für die 3. Baustufe der Nord-Süd-Stadtbahn Köln, die noch in diesem Jahr zwischen der Marktstraße und dem Verteilerkreisel beginnen sollen. Seit vielen

Jahren wird ein Gesamtkonzept für den Verteiler gefordert, um Rückbauten und Fehlinvestitionen zu vermeiden. Ende 2013 haben sich 15 Bürgervereine im Kölner Süden zusammengeschlossen, um ein abgestimmtes Konzept für den Verkehr im gesamten Kölner Süden durchzusetzen.

Der Bau der Stadtbahn bis zum Verteilerkreisel, deren zeitnahe Verlängerung über Rondorf bis nach Meschenich, der PKW-, LKW-, Radverkehr und bedarfsgerechte P&R-Flächen sollen darin berücksichtig werden. Geschäfte und neue Wohnviertel sollen angeschlossen werden, ohne den staugefährdeten Individualverkehr weiter einzuschränken oder in anliegende Wohnviertel abzudrängen. Das geplante Abholzen von etwa 300 Bäumen entlang der Bonner Straße soll ebenso vermieden werden wie vorgesehene umfangreiche Oberflächenversiegelungen, vor allem im Kreuzungsbereich der Schönhauser Straße.

Das Aussetzen des Genehmigungsverfahrens zur 3. Baustufe um fünf Jahre wurde im Rahmen eines Änderungsantrages zu einem größeren Erschließungsvorhaben in Rondorf gestellt und mit den laufenden Bürgereinwendungen gegen die Umsetzung der 3. Baustufe begründet.

Dieser Änderungsantrag wurde in der BV-Sitzung gesondert abgestimmt und gegen die Ja-Stimme des Antragstellers, bei zwei Enthaltungen, abgelehnt!

Der Hinweis, derart kurzfristig nicht über die seit vielen Jahren bekannten Probleme diskutieren zu können, macht nachdenklich. Anstatt auf die Bürgerforderungen einzugehen, wären aber wahrscheinlich wieder nur die bekannten Standpunkte der mehrheitsfähigen Stadtratsfraktionen ausgetauscht worden. Aus dem Zuschauerbereich betrachteten die Vertreter der Bürgervereine und Wähler die gewählten Bezirksvertreter im Saal und fragten sich vermutlich, wessen Interessen diese eigentlich vertreten?